

Die PDS und die Landtagswahl in NRW vom 22. Mai 2005

Inhalt

- 1) Das Landtagswahlergebnis
 - a) Historischer Wechsel
 - b) Die Parteien im Wahlkampf
 - c) Wahlmobilisierung und WechselwählerInnen
- 2) Das Wahlergebnis der PDS
 - a) Umsetzung der Wahlziele
 - b) Das Wahlergebnis nach Regionen
 - c) Verhältnis des PDS-Ergebnisses zum WASG-Ergebnis
- 3) Vorgezogene Bundestagswahlen
 - a) Verfassungsrechtliche Ausgangssituation
 - b) Blitzumfrage stützt vorgezogene Neuwahlen
 - c) Die anderen Parteien und der kommende Bundestagswahlkampf
- 4) Fazit
- 5) Anhang: Das Wahlergebnis der PDS und der WASG nach Wahlkreisen aufgeschlüsselt

"Mit dem bitteren Wahlergebnis meiner Partei in Nordrhein-Westfalen ist die politische Grundlage für die Fortsetzung unserer Arbeit in Frage gestellt."

Kanzler Schröder am 22. Mai 2005

1) Das Landtagswahlergebnis

Kannte die Wahl vom 14. Mai 2000 nur einen alles überstrahlenden Sieger: Jürgen W. Möllemann, der die Liberalen mit einem furiosen Ergebnis in den Landtag zurückführte, so ist die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung die Überraschung dieser Wahl. In ihr drückt sich wohl am stärksten die Wechselstimmung zwischen Rhein und Ruhr aus, konnte die Union doch den größten Teil der NichtwählerInnen an sich binden. So überrascht es nicht, dass die Siegerin dieser Wahl Christlich Demokratische Union, die diesen Wahlkampf trotz der schlechten Personenwerte von Jürgen Rüttgers sichern konnte.

Tab. 1 Landtagswahlen in NRW 2002 – 2000 – 1995

Absolute Zahlen	22. Mai 2005		14. Mai 2000		14. Mai 1995	
	Stimmen	Diff. zu 2000	Stimmen	Diff. zu 1995	Stimmen	Diff. zu 1990
Wahlberechtigte	13.239.170	177905	13.061.265	19.301	13.041.964	5.960
WählerInnen	8.334.561	925162	7.409.399	-943.657	8.353.056	-1.000.656
Gültige Stimmen	8.243.372	906.961	7.336.411	-957.824	8.294.235	-997.739
SPD	3.059.074	-84.105	3.143.179	-673.460	3.816.639	-827.792
CDU	3.695.806	983.630	2.712.176	-412.582	3.124.758	-285.195
FDP	508.354	-213.204	721.558	388.924	332.634	-203.022
Grüne	509.219	-9.076	518.295	-312.566	830.861	361.763
PDS	72.982	-6.952	79.934	79.934	-	-
WASG	181.886	181.886	-	-	-	-
Anteile	%-Stimmen	Diff. zu 2000	%-Stimmen	Diff. zu 1995	%-Stimmen	Diff. zu 1990
Wahlbeteiligung	63,0	6,3	56,7	-7,3	64,0	-7,8
SPD	37,1	-5,7	42,8	-3,2	46,0	-4,0
CDU	44,8	7,9	37,0	0,7	37,7	1,0
FDP	6,2	-3,7	9,8	5,8	4,0	-1,8
Grüne	6,2	-0,9	7,1	-2,9	10,0	5,0
PDS	0,9	-0,2	1,1	1,1	-	-
WASG	2,2	2,2	-	-	-	-
Mandatsverteilung	Mandate	Diff. zu 2000	Mandate	Diff. zu 1995	Mandate	Diff. zu 1990
Insgesamt	187	-44	231	10	221	-18
SPD	74	-28	102	-6	108	-15
CDU	89	1	88	-1	89	-1
FDP	12	-12	24	24	-	-14
Grüne	12	-5	17	-7	24	12
PDS	-	-	-	-	-	-
WASG	-	-	-	-	-	-

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW

Die CDU habe in NRW einen *"historischen Sieg errungen"*, erklärte die Parteivorsitzende Angela Merkel am Wahlabend in Berlin. Jetzt werde daran gearbeitet werden müssen, in NRW und auch im Bund wieder eine gute Politik zu machen. *"Zuzugeben ist, dass wir uns Wahlziel in keinsten Weise erreicht haben"*, erklärte der bisherige Ministerpräsident Peer Steinbrück, der jedoch am Wahlabend keine personellen Konsequenzen ziehen wollte, sondern feststellte, dass er nun daran arbeiten werde, in fünf Jahren wieder Regierungsverantwortung übernehmen zu können.

Die Konstellation des Wahlkampfs lag auf der Hand – der Lagerwahlkampf zwischen rot-grün und schwarz-gelb ließ keinerlei Alternativen zu. Während die Union gemeinsam mit der FDP auf die Ablösung der seit 39 Jahren regierenden Sozialdemokraten setzte, verteidigten SPD und Grüne die letzte rot-grüne Landesregierung.

Umfragen sahen die Union während des gesamten Wahlkampfs deutlich vor der SPD, die in faktisch keiner Umfrage über die wichtige 40%-Marke kam. Damit zeichnete sich ab, dass das Wahlergebnis von 2000 sich umkehren würde: Die SPD würde auf rund 37% abrutschen, wohingegen die Union auf rund 45% hoffen konnte. Die Grünen, die lange Zeit deutlich vor den Liberalen lagen und wie bei anderen Wahlen auch, trotz abnehmender SPD-Werte stabil lagen bzw. zulegen konnten, mussten in den letzten Wochen rückläufige Werte konstatieren.

Tab. 2 Umfragen zur Landtagswahl in NRW seit November 2003 (in%)

Institut	Datum	SPD	CDU	FDP	Grüne	Sonstige	PDS
Infratest dimap	19.05.2005	37	43	7,5	7,5	5	
Infratest dimap	01.05.2005	34	45	7	9	5	
Infratest dimap	07.04.2005	34	45	7	9	5	
Infratest dimap	04.03.2005	35	43	7	9	6	
Infratest dimap	13.02.2005	37	39	7	9	8	
Infratest dimap	09.01.2005	38	40	7	10	5	
Infratest dimap	05.11.2004	36	40	8	11	5	
Infratest dimap	19.09.2004	30	43	7	13	7	
Infratest dimap	29.08.2004	32	42	7	12	4	3
Psephos	06.06.2004	33	47	6	10	4	
Forschgr. Wahlen	24.04.2004	29	49	5	12	5	
Psephos	18.04.2004	34	47	7	8	4	
dimap	12.03.2004	32	48	6	10	4	
dimap	01.02.2004	32	48	8	9	3	
dimap	19.01.2004	33	48	7	8	4	
Psephos	02.11.2003	31	47	7	10	5	

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/nrw.htm>

a) Historischer Wechsel

Durch die demografische Vormacht des katholischen Teils war Nordrhein-Westfalen lange Zeit eine Hochburg der CDU.

Tab. 3 Wahlergebnisse in NRW 1985 – 2005 (in %)

	Jahr	Wahlbet.	SPD	CDU	FDP	Grüne	PDS	WASG
LTW	1985	75,2	52,1	36,5	6,0	4,6	-	-
BTW*	1987	85,4	43,2	40,1	8,4	7,5	-	-
Europawahl	1989	62,3	43,6	35,7	5,7	7,9	-	-
Komm-wahl	1989	65,6	43,0	37,5	6,5	8,3	-	-
LTW	1990	71,8	50,0	36,7	5,8	5,0	-	-
BTW	1990	78,7	41,1	40,5	11,0	4,3	0,3	-
Europawahl	1994	59,5	40,1	37,0	4,3	11,2	0,6	-
BTW	1994	81,9	43,1	38,0	7,6	7,4	1,0	-
Komm-wahl	1994	81,7	42,3	40,3	3,8	10,2	k.A.	-
LTW	1995	64,0	46,0	37,7	4,0	10,0	-	-
BTW	1998	83,9	46,9	33,8	7,3	6,9	1,2	-
Europawahl	1999	43,8	37,3	47,3	3,5	7,1	1,3	-
Komm-wahl	1999	55,0	33,9	50,3	4,3	7,3	k.A.	-
LTW	2000	56,7	42,8	37,0	9,8	7,1	1,1	-
BTW	2002	80,3	47,6	38,4	6,4	5,3	1,2	-
Europawahl	2004	41,1	25,7	44,9	7,5	12,6	2,1	-
Komm-wahl	2004	54,4	31,7	43,4	6,8	10,3	1,4	-
LTW	2005	63,0	37,1	44,8	6,2	6,2	0,9	2,2

b) Die Parteien im Wahlkampf

Die **NRWSPD** ist am 22. Mai 2005 in relevantem Maße Opfer der Politik im Bund und sowie im weiteren der Wechselstimmung im eigenen Land geworden. Die Umsetzung der Agenda 2010, die Anfang des Jahres verkündete Überschreitung der Arbeitslosenzahl um 5 Mio. sowie die Verunsicherung innerhalb der sozialdemokratischen WählerInnen- und Mitgliedschaft verhin- derten über einen langen Zeitraum einen offensiven und überzeugenden Wahlkampf der SPD. Anfang April waren die Sozialdemokraten zu etwa 60% mobilisiert, weshalb die Überzeu- gungsarbeit in erster Linie auf die eigenen Reihen konzentriert wurde.¹

Gleichzeitig vermied es Ministerpräsident Steinbrück einen Wahlkampf gegen den Bund zu führen. Er unterschied sich damit vom saarländischen SPD-Vorsitzenden Heiko Maaß, dessen damalige Kampagne bei der Landtagswahl im Sommer 2004 unglaublich war und durch die WählerInnen mit einer weiteren SPD-Niederlage honoriert wurde. Statt dessen wurde die Bundespolitik in NRW offensiv eingesetzt. So traten der SPD-Parteivorsitzende und frühere langjährige nordrhein-westfälische Politiker Franz Müntefering bis zu vierzig und der Bundes- kanzler bis zu neun mal auf. Gesetzt wurde auf die großen Städte und auf eine hohe Wahlbe- teiligung. Darüber hinaus hatte die SPD aus den Wahlkämpfen in den USA und Großbritannien gelernt: Wenn auch mit den Einschränkungen des deutschen Datenschutzrechts, wurde durch Forsa für jeden Wahlkreis ein Kompass erstellt, mit dem die Kandidaten und ihre Teams nun gezielt WählerInnen in entsprechenden Segmenten anzusprechen in der Lage waren.²

Die Annahme des SPD-Generalsekretärs: „Bei einer hohen Wahlbeteiligung bekommen CDU und FDP keine Schnitte hier“³ hat sich nicht erfüllt. Während die SPD ins Nichtwählerspektrum rund 130.000 Stimmen verlor, konnte die Union aus diesem Spektrum rund 460.000 Stimmen mobilisieren.

Die SPD-Kampagne war im wesentlichen auf den Spitzenkandidaten und Ministerpräsidenten Peer Steinbrück zugeschnitten, der als Person den Wahlkampf klar vor seinem Herausforderer Jürgen Rüttgers dominierte.

Auf die Frage nach dem gewünschten Ministerpräsidenten im Land sprachen sich 49 Prozent für Peer Steinbrück aus, nur 35 Prozent hingegen für Jürgen Rüttgers. Auch in der Bewertung der Spitzenkandidaten lag der Amtsinhaber Steinbrück auf der +5/-5-Skala mit einem Durch- schnittswert von 1,7 klar vor dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Rüttgers, der 0,8 erzielt. Doch diesen Vorsprung, wie auch die Tatsache, dass Steinbrück beim Kandidatenprofil in allen Be- langen besser als Rüttgers abgeschnitten hatte, reichten nicht aus, die SPD nach vorn zu bringen.

Denn die Wahlberechtigten bewerteten die Arbeit der Landesregierung negativ: „Auf der +5/- 5-Skala erzielt sie einen Wert von minus 0,3. Dabei erhält die SPD mit 0,1 einen nur leicht positiven Wert, die Grünen liegen mit minus 0,8 deutlich im negativen Bereich. Vor fünf Jah- ren wurde die rot-grüne Landesregierung mit 0,6 noch deutlich besser beurteilt. Auch die Zu- friedenheit mit der Bundesregierung wird mit minus 0,3 negativ bewertet.“⁴

Tab. 4 Wer wählte die SPD 2005 im Vergleich zu 2000?

Alter	Unter 30 Jahren		30-44 Jahre		45-59 Jahre		Über 60 Jahre	
	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz
	37	3	37	-8	42	-3	39	-4
Berufsgruppen und Arbeitslose	Arbeiter		Angestell. & Beamte		Selbständige		Arbeitslose	
	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz
	48	-9	38	-5	25	7	39	-8
Gewerkschafts- mitglieder	Gewerkschafter		Nicht Mitglied		Arbeiter & Mitglied		Angestellter & Mitgl.	
	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz
	56	-5	36	-2	63	-9	58	-3

* Differenz = Differenz zu 2000

¹ Steffen Twardowski/Frank Schwarz 2005, Wahlkampf in NRW: Das große Bangen, in: politik & kommunikati- on, Heft Mai/2005, S. 39.

² Twardowski/Schwarz 2005, a.a.O., ebd.

³ Twardowski/Schwarz 2005, a.a.O., ebd.

⁴ Forschungsgruppe Wahlen 2005, Erste Analyse Nordrhein-Westfalen, http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Nordrhein-Westfalen/

Der SPD gelingt es allein bei den Jung- und ErstwählerInnen zu punkten. Ansonsten verliert sie in allen Altersgruppen, bei den 30-44jährigen am stärksten. In den Berufsgruppen und Arbeitslosen muss sie die stärksten Verluste bei den Arbeitern und den Arbeitslosen hinnehmen. Deutlich wird dies auch noch bei den Arbeitern, die Gewerkschaftsmitglieder sind – hier verliert sie ebenfalls 9%.

Die **Union** konnte im Unterschied zu den vorhergehenden Wahlen bis zum Wahlkampfabschluss überwiegend sicher sein, entweder die absolute Mehrheit im kommenden Landtag zu erringen, oder zumindest mit der FDP die SPD nach 39 Jahren von der Macht abzulösen. Auch wenn in den letzten Tagen vor der Wahl spekuliert wurde, dass angesichts abnehmender Unionswerte, die SPD bzw. Steinbrück das Ruder noch einmal herumreißen könnten, zeigte sich am Wahlabend, dass die Hoffnung trog. Die Union fuhr einen fulminanten Wahlsieg ein und konnte das erste mal seit 1966 die sozialdemokratische Dominanz im bevölkerungsreichsten Bundesland kippen. Wenn die Faustregel gilt, dass wer NRW holt auch die Bundestagswahlen holt, dann würde dies für schwarz-gelb ein gutes Omen sein.

Die Union setzte im gesamten Wahlkampf auf die Mobilisierung einer Wendestimmung und die schlechten Werte der Landesregierung. Die Strategie war erfolgreich. Ende April waren bereits 80% des christdemokratischen Wählerpotenzials mobilisiert.⁵

Tab. 5 Wer wählte die CDU 2005 im Vergleich zu 2000?

Alter	Unter 30 Jahren		30-44 Jahre		45-59 Jahre		Über 60 Jahre	
	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz
	36	+4	42	+12	41	+6	51	+4
Berufsgruppen und Arbeitslose	Arbeiter		Angestell. & Beamte		Selbständige		Arbeitslose	
	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz
	38	+8	44	+8	54	+3	35	+9

* Differenz = Differenz zu 2000

Die Union kann mit ökonomischer Kompetenz Boden gut machen. Mit jeweils zwischen 36-41% erreicht sie die höchsten Kompetenzwerte in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschafts- und Bildungspolitik sowie bei der Frage, wer die besten Antworten auf die Zukunftsprobleme habe. So überrascht es nicht, dass wie insbesondere bei den 30-44jährigen, sowie bei Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie den Arbeitslosen am stärksten zulegt.

Die **Liberalen** verlieren deutlich, erreichen aber ein respektables Ergebnis und konsolidieren sich auf den Niveau, das ohne Möllemann erreichbar ist. Sie verlieren rund 180.000 Stimmen an die CDU, die sie der Union nach dem Parteispandalkandal und dem misslungenen Auftritt Rüttgers 2000 abgenommen hatte. Das Ergebnis spiegelt wieder, dass auch die liberalen Wähler keine Unsicherheit über den Regierungswechsel wollten. Im Zweifel lieber eine absolut regierende Union als ein verschenkter Wahlsieg an rot-grün. Im Wahlkampf setzten die Liberalen auf einen „Neustart NRW“, mit klarem ordnungspolitischen Kurs und mutigen Reformen: Weniger Staat, mehr Mobilität, Priorität für Bildung und Wirtschaftswachstum. Das FDP-Programm orientierte auf Massenwirksamkeit: eine ausgewogene Mischung zwischen populistischer Provokation sowie sehr konkreten Vorschlägen und mit Grafiken angereichert, die die Notwendigkeit von Reformen optisch verdeutlichen sollten. Innenpolitisch präsentierten die Blau-Gelben eine ausgewogene Mischung aus Anerkennung von Kriminalitätsängsten (Keine Bagatellisierung von Kleinkriminalität) und Ablehnung von Videoüberwachung öffentlicher Räume, Überprüfung des Großen Lauschangriffs, keine präventive Telefonüberwachung etc.. Es wird zu prüfen sein, wie viel sich davon nach Verhandlungen mit der radikalen Law-and-order-Union in NRW im Koalitionsvertrag wiederfinden wird.

Tab. 6 Wer wählte die Liberalen 2005 im Vergleich zu 2000?

Alter	Unter 30 Jahren		30-44 Jahre		45-59 Jahre		Über 60 Jahre	
	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz
	10	-3	7	-2	6	-6	5	-2

* Differenz = Differenz zu 2000

⁵ Twardowski/Schwarz 2005, a.a.O., S. 40.

Die Liberalen verloren bei den Jung- und ErstwählerInnen, noch stärker aber bei den 45-59jährigen. Auch wenn dazu leider keine bislang verwertbaren Daten vorliegen, kann erfahrungsgemäß angenommen werden, dass die FDP bei den Selbständigen das höchste Berufsergebnis erreicht haben wird.

Die **Grünen** konnten zwar den Platz als drittstärkste Kraft in NRW zurück erobern. Aber auf einem noch niedrigeren Niveau als bei der schon deutlich verlorenen Landtagswahl 2000. Bereits damals verloren sie in allen Wahlkreisen und bei den meisten Altersgruppen. Dieses Ergebnis setzte sich fort. Dass die Grünen älter werden, zeigt sich im Wahlergebnis. Nicht mehr bei den Jung- und ErstwählerInnen kann sie in der Niederlage zulegen, sondern bei den 45-59jährigen – dem Klientel des etablierten ökoliberalen Mittelstandes. Die fehlende Berufsgruppenanalyse macht es derzeit nicht möglich zu prüfen, ob sich die Konkurrenz zwischen FDP und Grünen um die Selbständigen bei dieser Wahl wiederholt hat.

In ihrem Wahlprogramm formulierten sie ihre Koalitionsrolle und die Erwartung an die WählerInnen eindeutig: „1995 haben wir fünfzehn Jahre SPD-Alleinherrschaft in NRW beendet. Es war danach nicht immer einfach, mit einem Partner zu regieren, der in einem absoluten Machtanspruch erstarrt und gegenüber neuen Impulsen lange Zeit wenig aufgeschlossen war. (...) In der Wahlkabine gibt es keine politischen Lager, sondern nur konkurrierende Parteien“. Ihre Selbstbeschreibung ist die der treibenden Kraft und des Garanten für ökologische, soziale und emanzipatorische Regierungspolitik.“⁶

Diese Strategie hat ihnen nichts eingebracht. Es gelang ihnen nicht, wie bei anderen Wahlen, ihre Rolle als Teflon-Partei an der nichts haften bleibt, auszuspielen. Die Visa-Affäre und ihre Mitverantwortung im Land sowie im Bund wurden ihnen zum Verhängnis.

Tab. 7 Wer wählte die Grünen 2005 im Vergleich zu 2000?

Alter	Unter 30 Jahren		30-44 Jahre		45-59 Jahre		Über 60 Jahre	
	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz	in %	Differenz
	9	-5	10	-2	7	+1	2	±0

* Differenz = Differenz zu 2000

c) Wahlmobilisierung und WechselwählerInnen

Die Wahl vom 22. Mai 2005 wurde überwiegend dominiert durch den „Oppositionseffekt“, nach dem bei regionalen Zwischenwahlen die auf Bundesebene Verantwortung tragenden Parteien mit Mobilisierungsschwierigkeiten zu kämpfen haben, während die Oppositionsparteien aufgestauten Unmut über die Bundesregierung mit Mobilisierungsvorteilen nutzen können.

Dies unterscheidet die diesjährige Wahl vom Urnengang vom 14. Mai 2000, bei dem dieser Effekt durch die Demoralisierung der Union nach dem Parteispendenskandal und der „Kinder statt Inder“-Kampagne von Jürgen Rüttgers. 1995 und 2000 spielten Wählerwechsel eine nur untergeordnete Rolle.⁷ Bei dieser Wahl gaben Wählerwechsel und die erhöhte Wahlbeteiligung den Ausschlag. Vom erhöhten Elektorat profitierten alle Parteien, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Tab. 8 Wählerwanderungen bei der Landtagswahl in NRW 2005 (gegenüber 2000)

Parteien	Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der WählerInnen, in Tsd.						
	SPD	CDU	FDP	Grüne	WASG	Andere	Nichtw.
SPD		-290	+10	+70	-50	-10	+130
CDU	+290		+180	+40	-10	+20	+460
FDP	-10	-10		±0	-10	-10	+30
Grüne	-70	-40	±0		-10	±0	+30
WASG	+50	+10	+10	+10		+30	+60

Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahl/WahlNRW/html>

Die Union verdankt ihre Wahl im wesentlichen drei Resultaten: 460.000 NichtwählerInnen, 290.000 früheren SPD- und 180.000 vormaligen FDP-WählerInnen.

⁶ Bündnis 90/Die Grünen 2005, Programm zur Landtagswahl NRW, <http://www.erste-wahl.de/Landtagswahlprogramm.6825.0.html>

⁷ Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann 2001, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 14. Mai 2000: Gelbe Karte für Rot-Grün, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/2001, S. 137.

Das Wahlergebnis der SPD hätte noch schlechter ausgesehen, wenn es ihr nicht gelungen wäre, immerhin 130.000 Stimmen aus dem NichtwählerInnenspektrum zur SPD-Stimmabgabe zu motivieren.

2) Das Ergebnis der PDS

Die PDS-Beteiligung an dieser Wahl ging zu keinem Zeitpunkt von einem Einzug in den Landtag aus. Statt dessen wurde sich an der Wahl als strategische Erinnerung gegenüber den Wählerinnen und Wählern für die kommende Bundestagswahl beteiligt. Der Bundeswahlkampfleiter Bodo Ramelow erklärte im Neuen Deutschland „In Zahlen gemessen hoffe ich, dass wir deutlich über ein Prozent kommen. Aber tatsächlich hat für mich die NRW-Wahl eine ganz andere Bedeutung – jenseits der Frage der Prozente. Für mich ist diese Landtagswahl ein Test der PDS als Ganzes, um bei der Bundestagswahl aus eigener Kraft über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen. Während wir uns im Osten bei 25 Prozent bewegen, ist es wichtig, dass wir im Westen zwischen einem und zwei Prozent einlaufen. Und wir haben im Westen einzelne Bundesländer, in denen wir ganz gut aufgestellt sind.“

Tab. 9 Wahlergebnisse der PDS in NRW 1990 – 2005

	Jahr	Wahlbet.	Ergebnis		Erststimme		Zweitstimme	
			Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %
Bundestagswahl	1990	78,7	k.A.	0,3	-	-	28.922	0,3
	1994	81,9	k.A.	1,0	44.883	0,4	102.356	1,0
	1998	83,9	k.A.	1,2	81.199	0,7	131.550	1,2
	2002	80,3	k.A.	1,2	118.396	1,1	125.446	1,2
Europawahl	Jahr	Wahlbet.	Ergebnis		Es wird nur eine Stimme vergeben			
			Stimmen	in %				
	1994	59,5	48.911	0,6				
	1999	43,8	76.689	1,3				
2004	41,1	112.571	2,1					
Landtagswahl	Jahr	Wahlbet.	Ergebnis		Es wird nur eine Stimme vergeben			
			Stimmen	in %				
	1995	64,0	-	-				
	2000	56,7	79.934	1,1				
2005	63,0	72.982	0,9					
Kommunalwahl	Jahr	Wahlbet.	Ergebnis		Kreisfreie Städte		Kreistage	
			Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %
	1994	81,7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
	1999	55,0	k.A.	k.A.	k.A.	1,7	k.A.	0,3
2004	54,4	100.714	1,4	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

a) Umsetzung der Wahlziele

Auch wenn keine Wahlstrategie vorgelegt wurde, so wurden doch folgende Ziele implizit angestrebt:

- Die Landtagswahlbeteiligung sollte den Bundestagswahlkampf vorbereiten und den Bürgerinnen und Bürgern in NRW verdeutlichen, dass es wichtig ist und sich lohnt die PDS als Alternative zu wählen.
- Die PDS wollte in allen NRW-Wahlkreisen antreten und dementsprechend jeweils 100 Unterschriften sowie die 1.000 Unterschriften für die Reserveliste sammeln.
- Die PDS wollte das Stimmenergebnis von 2000 halten und wenn möglich an die Stimmenergebnis der Kommunal- bzw. Europawahl von 2004 herankommen.
- Die PDS wollte ihre Wahlziele trotz Konkurrenz kandidatur der WASG erreichen, da die WASG jedes Gesprächs- und Kooperationsangebot im Vorfeld ausgeschlagen hatte.

Diese Wahlziele wurden zumindest in Teilen erreicht:

- Insbesondere vor dem Hintergrund der vorgezogenen Bundestagswahl auf den Herbst dieses Jahres war es wichtig, die PDS im bevölkerungsreichsten Bundesland präsent zu machen und die Inhalte der PDS zu verdeutlichen. Dazu waren der Wahlkampf und die Inhalte der PDS von großer Wichtigkeit.
- Es ist der PDS nicht gelungen in allen Wahlkreisen anzutreten. Der Wahlkampf hat dazu beigetragen die Schwächen der Parteistrukturen vor Ort zu identifizieren. Deutlich wurde,

dass der Bundestagswahlkampf in den westlichen Bundesländern mit einer eindeutigen zentralen Wahlkampfleitung aus dem Bundeswahlquartier geführt werden muss, um Kommunikations- und Organisationsdefizite in den Landeszentralen auszugleichen.

- Die erhöhte Wahlbeteiligung in NRW und die Wahlkreise, in denen die PDS nicht kandidierte, sind der PDS im wesentlichen auf die Füße gefallen. Es gelang der PDS nicht, in relevantem Maße Stimmen aus dem NichtwählerInnenspektrum zu gewinnen. Diese Stimmen wurden weitgehend durch die WASG absorbiert. Der größte Stimmenverlust (rund 5.300 Stimmen) realisierte sich jedoch aus den Wahlkreisen, in denen die PDS nicht antrat. Es empfiehlt sich wieder einmal, nicht auf die Prozentzahl des Ergebnisses, sondern auf die absoluten Stimmen zu achten. Denn das die magische Grenze von 1%, mit der immerhin Wahlkampfkostenrückerstattung verbunden ist, unterschritten wurde, ist der erhöhten Wahlbeteiligung zu verdanken, von der die PDS unterdurchschnittlich profitierte. Dies wird selbstverständlich unangenehme Konsequenzen für die Bundestagswahl haben, bei der die Rückerstattung dringend erforderlich gewesen wäre.

b) Das Wahlergebnis nach Regionen

Die PDS ist in 116 von 128 Wahlkreisen angetreten. Sie konnte in 53 Wahlkreisen Stimmen hinzugewinnen, musste aber wiederum 63 Wahlkreise abnehmende Stimmergebnisse konstatieren.

Die Gewinnerwahlkreise liegen überwiegend im ländlichen Raum der Regionen Bergisches Land, Eifel, Ostwestfalen-Lippe, Sauerland und Siegerland. Darüber hinaus in den Ruhrgebietsstädten Essen, Dortmund Recklinghausen und Bochum sowie der Stadt Köln.

Folgende Ableitungen lassen sich treffen:

- Der PDS ist es gelungen in den Regionen mit ihrer schwächsten regionalen Verankerung Stimmen hinzuzugewinnen. Dies kann positiv gesprochen auf eine gute Wahlkampfleitung dort, z.B. durch die Unterstützung ostdeutscher Genossinnen und Genossen in diesen Gebieten hindeuten. Negativ könnte dies heißen: Dort wo die PDS nicht konkret mit Personen verbunden wird, kann sie hinzugewinnen.
- Den höchsten Stimmenzuwachs von 121 auf 835 Stimmen erreichte die PDS in Euskirchen. Im Hochsauerlandkreis II – Soest konnte sie von 101 auf 442 Stimmen zulegen.
- In einzelnen Großstädten, insbesondere Köln, Dortmund, Bochum, Essen und Recklinghausen gelang es der PDS hinzugewinnen. Dies ist vermutlich einem intensiven Wahlkampf der dortigen Gruppen zuzuschreiben.
- Eine erfolgreiche und wahrnehmbare kommunalpolitische Verankerung der PDS scheint kein hingegen automatischer Erfolgsindikator zu sein, wie die Beispiele Aachen und Duisburg zeigen. Die PDS erreicht in Duisburg zwar immer noch ihre höchsten Stimmergebnisse, bleibt jedoch insgesamt 475 Stimmen unter dem Ergebnis von 2000 und über 5.000 Stimmen hinter dem Kommunalwahlergebnis von 2004.
- Die universitären Großstädte haben bei dieser Wahl keinen Automatismus pro PDS erzeugt.

c) Verhältnis des PDS-Ergebnisses zum WASG-Ergebnis

Eine Umfrage vom August des Jahres 2004 sah die PDS zum ersten Mal seit 2000 bei drei Prozent – auf dem Höhepunkt der Hartz-Proteste und der Berichterstattung über die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen. Dieser Anteil ging sukzessive zurück. Bei einer weiteren Umfrage Anfang des Jahres 2005 erreichten sowohl die PDS als auch die Wahlalternative nur rund 1%.

Sowohl bei der PDS als auch bei der WASG wurde das Ergebnis der NRW-Wahl als Lackmus-Test für die Durchsetzungsfähigkeit einer weiteren Alternative links von der SPD betrachtet. Festhalten lässt sich: Die WASG ist in den Augen der Wählerinnen und Wähler keine ernsthafte Wahlalternative, die diese im Landtag sehen wollten. Alle hochfahrenden Hoffnungen der WASG erwiesen sich als Utopismus. Andererseits bestätigt sich die Annahme, dass es der WASG gelungen ist, Wählerinnen und Wähler zu binden, die auf der Suche nach einer Alternative zur SPD nicht zur PDS sondern ins NichtwählerInnenspektrum abgewandert wären.

Mit den heutigen Erkenntnissen lässt sich festhalten:

- Die WASG hat der SPD rund 50.000 Stimmen abgenommen. Von den Grünen erhielt sie ca. 10.000 Stimmen. Damit konnte sie aus dem Regierungslager so viele Stimmen wie aus dem NichtwählerInnenlager (60.000 Stimmen) abwerben.
- Ein wesentlicher Zusammenhang zwischen dem PDS- und dem WASG-Ergebnis ist nicht erkennbar. Allein in den Wahlkreisen, in denen die PDS nicht angetreten ist, kann angenommen werden, dass bisherige PDS-WählerInnen aus Mangel an ihrer ersten Priorität zur WASG abwanderten.
- Die WASG konnte eine Klientel zur Wahl jenseits der im Landtag vertretenen Parteien mobilisieren, die durch die PDS bislang nicht erreichbar gewesen sind.

3) Vorgezogene Bundestagswahlen

Aufgrund der flächenmäßigen Ausdehnung, der Zahl der EinwohnerInnen sowie der sozialen Struktur in NRW werden die dortigen Wahlergebnisse seit jeher als exemplarisch und repräsentativ für die ganze Republik gedeutet. Seit dem 22. Mai 2005 18:30 Uhr gibt es jedoch faktisch kein Landtagswahlergebnis mehr: Die Republik befindet sich im Bundestagswahlkampf. Nicht Wahlsieger Jürgen Rüttgers bestimmt die Medienlage sondern Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Noch am Wahlabend kündigten der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering und Bundeskanzler Gerhard Schröder an, den SPD-Gremien eine vorzeitige Auflösung des Bundestages und damit vorgezogene Bundestagswahlen im Herbst diesen Jahres vorzuschlagen. Müntefering erklärte: „*Wir suchen die Entscheidung. Es ist Zeit, dass in Deutschland die Verhältnisse geklärt werden.*“

Die Führungspersönlichkeiten der anderen im Bundestag vertretenen Parteien nahmen das Angebot unisono an, so dass eine verfassungsrechtliche Problematisierung wie 1982/83 eher ausgeschlossen werden kann.

a) Verfassungsrechtliche Ausgangssituation

Verfassungsrechtlich ist die Auflösung des Deutschen Bundestages im Art. 68 GG geregelt:

Artikel 68

[Vertrauensfrage, Auflösung des Bundestages]

- (1) Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.
- (2) Zwischen dem Antrage und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen.

Der Bundespräsident teilte zwar am Wahlabend mit, dass er in die Entscheidung des Bundeskanzlers, die Bundestagswahlen vorzuziehen nicht eingebunden war, doch wird er sich vermutlich dem Willen der maßgeblichen Parteien in Deutschland nicht verschließen können.

Vorgezogene Bundestagswahlen gab es 1972 und 1983:

- 1972: Die von Anfang an knappe Mehrheit der Regierungskoalition aus SPD und F.D.P. schmilzt aufgrund des Wechsels von Abgeordneten beider Regierungsfractionen zur Opposition noch weiter zusammen. Bei der Abstimmung über den Etat des Bundeskanzleramtes am 28. April 1972 kommt es schließlich zur Stimmengleichheit. Am 20. September 1972 stellt deshalb Bundeskanzler Brandt im Bundestag die Vertrauensfrage. Mit einer einkalkulierten Niederlage durch Stimmenthaltung der Kabinettsmitglieder macht er so den Weg frei für Neuwahlen. Gegen Bundeskanzler Brandt tritt die Union mit dem CDU-Parteivorsitzenden Rainer Barzel an.
- 1983: Schon in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 kündigt Bundeskanzler Helmut Kohl Neuwahlen für das Frühjahr 1983 an. Bei der Abstimmung über die von Kohl

gestellte Vertrauensfrage im Dezember 1982 enthalten sich die meisten Abgeordneten der Regierungskoalition der Stimme. Nach der absichtlich herbeigeführten Niederlage beantragt Kohl beim Bundespräsidenten die Auflösung des Parlaments. Trotz verfassungsrechtlicher Bedenken folgt Bundespräsident Karl Carstens dem Antrag im Januar 1983 und setzt Neuwahlen für den 6. März 1983 fest. Das Ergebnis der vorgezogenen Bundestagswahl bestätigt die "Politik der Wende". Das Bundesverfassungsgericht sah die Art und Weise der Auflösung als verfassungskonform an.⁸

b) Blitzumfrage stützt vorgezogene Neuwahlen

Nicht nur die Opposition wurde von der Ankündigung von SPD-Chef Müntefering zu vorgezogenen Bundestagswahlen überrascht. Doch die Mehrheit der Deutschen findet die Idee gut, wie eine Blitzumfrage von Infratest dimap ergab:

„67 Prozent der Befragten antworteten auf die Frage: "Wie finden Sie das Vorziehen der Bundestagswahl" mit "Finde ich gut", 20 Prozent lehnten die Idee ab. Am größten ist die Zustimmung bei den Anhängern von FDP (81 Prozent) und Union (79 Prozent). Bei den Grünen-Anhängern befürworten 76 Prozent einen vorgezogenen Urnengang im Bund, bei der SPD sind es "nur" 52 Prozent.

Dass eine vorgezogene Wahl eher der Opposition nützt, glauben 70 Prozent der Befragten. 54 Prozent, also etwas mehr als die Hälfte, glauben, dass es mit einer Unions-geführten Bundesregierung wieder aufwärts geht.

Möglichst schnell will die Union darüber entscheiden, wer bei einer solchen vorgezogenen Bundestagswahl gegen Kanzler Gerhard Schröder antreten soll - CDU-Chefin Angela Merkel oder CSU-Chef Edmund Stoiber. Doch die meisten Deutschen wollen einen anderen Unions-Kanzlerkandidaten: Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff. 32 Prozent wünschen sich den niedersächsischen Ministerpräsidenten als Herausforderer des Kanzlers, bei den Unions-Anhängern sind es sogar 34 Prozent. 28 Prozent sind für Merkel (Unions-Anhänger: 32 Prozent). Nur 18 Prozent wollen noch einmal einen Kanzlerkandidaten Stoiber (Unions-Anhänger: 22 Prozent).

Angela Merkel hätte bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers wenig Chancen gegen den Amtsinhaber. Sie käme dabei auf 36 Prozent, Schröder auf 46 Prozent.“⁹

c) Die anderen Parteien und der vorgezogene Bundestagswahlkampf

Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass die **Union** mit Angela Merkel als Kanzlerkandidatin antreten wird. Die Mitglieder des Präsidiums der CDU hatten sich in einer Schaltkonferenz auf das weitere Vorgehen verständigt. Dabei war man sich nach dpa-Informationen einig, dass keine übereilten Entscheidungen getroffen werden sollen. Ein Sprecher der CDU sagte auf Anfrage, CDU und CSU würden in der Sitzung am 30. Mai die inhaltlichen und personellen Entscheidungen fällen, die sich aus dem Wahlsonntag ergeben.

Während die Kanzlerfrage in der Union traditionell aufgrund der Bündnispolitik mit der CSU eine heikle Frage ist, kann bei der **SPD** davon ausgegangen werden, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder erneut antreten wird. Nur dann würde das Vorziehen der Bundestagswahl Sinn machen, denn ein Wechsel zum automatisch in Frage kommenden Franz Müntefering hätte besser und langfristiger vorbereitet werden müssen.

Innerhalb der **Grünen** ist die Frage der Spitzenkandidatur zwar nicht gänzlich offen, aber auch nicht klar. Bis zur Visa-Affäre galt Außenminister Joschka Fischer als unumstrittener Spitzenkandidat und Zugpferd der Grünen. Er ist in den Umfragen seit Wochen abgestürzt – vorbei die Zeiten als beliebtester Politiker Deutschlands. Auch die Beendigung der Affäre bzw. sein intensiver Einsatz im NRW-Wahlkampf haben dies nicht auffangen können. Es ist gleichwohl

⁸ BVerfGE 62, 1

⁹ Infratest dimap 2005, DeutschlandTREND extra: Blitzumfrage: Mehrheit für vorgezogene Neuwahlen, http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4365116_REF1_NAV_BAB,00.html

wahrscheinlich, dass die Grünen nicht ohne Fischer als Spitzenperson und Vizekanzler in die Wahl gehen werden.

Bei den **Liberalen** wird aufgrund der Kurzfristigkeit der Bundestagswahl kein Weg an Guido Westerwelle vorbeiführen. Zwar hat sich der Fraktionsvorsitzende Gerhard auf dem jüngsten Bundesparteitag als ernstzunehmende Alternative zu Westerwelle präsentiert, doch werden die sich überschlagenden Ereignisse nun keinen Führungswechsel mehr zulassen. Andererseits auch keine weiteren Schwächen von Westerwelle.

Die politische Konstellation lässt keinen anderen Wahlkampf zu als Rot-Grün vs. Schwarz-Gelb.

4) Fazit

Die Konsequenzen der NRW-Wahl lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die SPD verliert nach Hessen 1999, Saarland 1999, Schleswig-Holstein 2004 mit NRW ein weiteres Stammland der SPD bzw. von Rot-Grün.
- Nach 16 Jahren existiert in Deutschland keine rot-grüne Landesregierung mehr.
- Die Bundestagsopposition verfügt im Bundesrat nun über weitere sechs Stimmen mehr, nicht jedoch über eine Zweidrittelmehrheit. Diese wäre mit 46 von 69 Stimmen erreicht. Die Opposition kommt auf 43 Stimmen.

Mit der Ankündigung, die Bundestagswahlen vorzuziehen, gibt es nur noch eine bundespolitische Dimension:

- Dem Bundeskanzler ist es gelungen, nach der SPD-Niederlage in NRW handelnder Akteur zu bleiben. Nicht er muss auf den CDU-Erfolg reagieren, sondern die anderen Parteien auf ihn. Die Union muss die Kanzlerfrage schnell regeln – dies könnte unter Umständen für die SPD hilfreiche Verwirrung bzw. Unsicherheiten in der Union schaffen, auch wenn dies nicht anzunehmen ist.
- Bei den für den Herbst angekündigten Bundestagswahlen wird sich die Frage stellen, ob rot-grün es noch einmal schaffen kann oder schwarz-gelb nach sieben Jahren an die Macht zurückkehrt.
- Die PDS muss verdeutlichen:
 - Rot-Grün hat abgewirtschaftet: Agenda 2010, Hartz IV, leere öffentliche Kassen durch Massenarbeitslosigkeit und Steuersenkungen für Unternehmen führen zu Konsequenzen an den Wahlurnen.
 - Schwarz-Gelb gelingt es traditionell, mit den ihnen zugesprochenen ökonomischen Kompetenzen zu punkten. Doch schwarz-gelb wird diese Republik nicht sozialer, multikultureller oder die Außenpolitik friedlicher machen. Im Gegenteil: Union und FDP werden die Schlechtigkeiten noch verschlimmern.
 - Wer soziale Gerechtigkeit und eine Alternative zur schwarzen Republik will, muss auf die PDS als linkes Korrektiv setzen.

Außer den beiden rot-roten Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin und dem regionalen Sonderfall Rheinland-Pfalz gibt es keine Landesregierung, an der die CDU nicht beteiligt ist. Dies bedeutet:

- Die PDS-Landesregierungen sind Aushängeschilder für die politische Alternative PDS.
- Ein Scheitern der Landesregierungen an der PDS muss ausgeschlossen werden.
- Es ist durchaus möglich, dass der Koalitionsausschuss am Dienstag, dem 24. Mai 2005 in Schwerin auf Initiative der SPD eine Verknüpfung der Bundestagswahl mit der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern nach einem Übergang von Harald Ringstorff auf Till Backhaus festlegt. Nach dem Vorsitzwechsel in der Nordost-Union könnte dies den Übergang zur Großen Koalition ermöglichen.
- Die Berliner SPD hat keine Signale in Richtung vorgezogener Abgeordnetenhauswahlen gesetzt. Es ist nicht anzunehmen, dass sich daran Änderungen ergeben werden.

Aus dem 22. Mai 2005 kann laut den Aussagen des Bundeswahlkampfleiters Bodo Ramelow, für die PDS nur folgen:

- Alle Anstrengungen sind auf eine gestärkte PDS zu richten. Wir wollen deutlich machen, dass die PDS als starke, einflussreiche Kraft auf der bundespolitischen Bühne wieder eine

Rolle spielen soll, dass ihre Anliegen und Forderungen im politischen Prozess berücksichtigt werden müssen.

- Der Wiedereinzug der PDS in den Deutschen Bundestag in Fraktionsstärke ist dafür sowohl das entscheidende Symbol wie auch eine zentrale substantielle Voraussetzung.
- Wir haben nur einen Verbündeten im Kampf um Wählerstimmen: Die Wählerinnen und Wähler selbst. Sie müssen über uns etwas ausdrücken können, was sie unbedingt wollen. Dazu müssen wir positive Anliegen kommunizieren, um den Wahltag zu einem Referendum über konkrete, begrenzte aber in der Sache radikale Momente des Umsteuerns zu machen.
- Dazu gehen wir offensiv in Konfrontation zu Union und FDP sowie fordernd und sie an eigenen Auseinandersetzungen und Traditionen messend gegenüber SPD und Grünen.

5) Anhang: Aufschlüsselung der PDS- und WASG-Ergebnisse nach Wahlkreisen

Nr.	Kreis	PDS				WASG	
		Ergebnis 2005 Stimmen	in %	Ergebnis 2000 Stimmen	in %	Ergebnis 2005 Stimmen	in %
1	Aachen I	676	1,2	739	1,6	1.059	1,9
2	Aachen II	609	1,1	616	1,3	1.101	2,0
3	Kreis Aachen I	682	1,0	688	1,1	2.100	3,0
4	Kreis Aachen II	557	0,8	640	1,0	1.362	2,0
5	Rhein-Erft-Kreis I	595	0,8	594	0,9	1.393	1,9
6	Rhein-Erft-Kreis II	693	0,9	802	1,2	1.403	1,9
7	Rhein-Erft-Kreis III	528	0,9	496	0,9	1.000	1,7
8	Euskirchen I	835	1,1	121	0,2	1.625	2,1
9	Heinsberg I	-	-	332	0,7	1.138	2,1
10	Heinsberg II	-	-	425	0,8	1.448	2,5
11	Düren I	597	0,9	467	0,8	1.775	2,7
12	Düren II – Euskirchen II	702	1,0	522	0,8	1.438	2,1
13	Köln I	942	1,3	1.047	1,8	1.120	1,6
14	Köln II	660	1,0	684	1,2	806	1,2
15	Köln III	955	1,7	936	2,1	1.051	1,9
16	Köln IV	656	1,2	526	1,1	1.071	2,0
17	Köln V	593	1,0	522	1,1	885	1,6
18	Köln VI	860	1,8	841	2,1	1.009	2,1
19	Köln VII	757	1,4	610	1,3	966	1,8
20	Leverkusen	714	1,0	624	1,0	1.364	1,9
21	Rheinisch-Bergischer Kreis I	504	0,7	506	0,8	1.384	2,0
22	Rheinisch-Bergischer Kreis II	635	0,9	510	0,8	1.194	1,6
23	Oberbergischer Kreis I	538	0,8	482	0,8	1.430	2,0
24	Oberbergischer Kreis II	477	0,8	384	0,7	1.210	2,0
25	Rhein-Sieg-Kreis I	758	1,0	561	0,9	1.466	1,9
26	Rhein-Sieg-Kreis II	420	0,7	424	0,8	917	1,5
27	Rhein-Sieg-Kreis III	463	0,6	512	0,8	1.065	1,4
28	Rhein-Sieg-Kreis IV	559	0,9	473	0,8	1.048	1,6
29	Bonn I	643	1,0	908	1,6	1.286	2,0
30	Bonn II	526	0,7	682	1,0	1.140	1,5
31	Wuppertal I	703	1,4	775	1,6	1.408	2,7
32	Wuppertal II	809	1,6	921	2,0	1.557	3,1
33	Wuppertal III – Solingen II	651	1,1	798	1,5	1.194	2,1
34	Solingen I	652	1,1	701	1,3	1.696	2,8
35	Remscheid	482	1,0	561	1,3	1.490	3,1
36	Mettmann I	512	0,8	524	0,9	936	1,4
37	Mettmann II	443	0,7	522	1,0	980	1,6
38	Mettmann III	499	0,8	483	0,9	972	1,6
39	Mettmann IV	740	1,3	951	1,8	1.089	1,9
40	Düsseldorf I	588	0,8	757	1,1	1.234	1,6
41	Düsseldorf II	703	1,1	851	1,5	1.199	2,0
42	Düsseldorf III	737	1,1	917	1,6	1.162	1,8
43	Düsseldorf IV	549	0,9	689	1,3	1.137	1,9
44	Rhein-Kreis Neuss I	594	0,9	645	1,1	1.333	2,0
45	Rhein-Kreis Neuss II	303	0,5	466	0,8	1.115	1,7
46	Rhein-Kreis Neuss III	-	-	483	0,7	1.307	1,6
47	Krefeld I	477	1,1	558	1,4	1.161	2,6
48	Krefeld II	391	0,7	357	0,7	1.010	1,8
49	Mönchengladbach I	471	0,8	652	1,3	1.772	3,1
50	Mönchengladbach II	390	0,7	556	1,2	1.471	2,8
51	Viersen I	-	-	498	0,9	1.488	2,2
52	Viersen II	-	-	511	0,8	1.266	1,7
53	Kleve I	500	0,7	599	1,0	1.282	1,8
54	Kleve II	562	0,8	679	1,1	1.296	1,9
55	Oberhausen I	854	1,5	1.069	2,1	2.436	4,3
56	Oberhausen II – Wesel I	893	1,2	980	1,5	2.644	3,5
57	Wesel II	491	0,8	482	0,9	1.468	2,3
58	Wesel III	702	0,9	640	1,0	2.045	2,7
59	Wesel IV	680	1,2	625	1,3	1.678	2,9
60	Duisburg I	1.037	1,6	1.251	2,0	1.470	2,2
61	Duisburg II	779	1,5	827	1,8	1.005	2,0
62	Duisburg III	823	2,0	1.010	2,5	1.102	2,6
63	Duisburg IV	801	1,8	827	2,0	1.290	2,9

64	Mülheim I	916	1,1	1.005	1,3	2.414	2,9
65	Essen I – Mülheim II	818	1,3	749	1,2	2.284	3,6
66	Essen II	897	1,5	691	1,2	1.899	3,1
67	Essen III	975	1,7	848	1,7	1.725	3,0
68	Essen IV	773	0,8	772	0,9	1.805	2,0
69	Recklinghausen I	614	1,1	561	1,1	1.270	2,3
70	Recklinghausen II	649	1,1	623	1,1	1.754	2,8
71	Recklinghausen III	636	1,1	649	1,2	2.138	3,6
72	Recklinghausen IV	516	0,8	524	0,9	1.360	2,1
73	Recklinghausen V	662	1,1	566	1,1	1.726	3,0
74	Gelsenkirchen I	630	1,1	686	1,3	1.539	2,6
75	Gelsenkirchen II	643	1,3	813	1,7	1.651	3,4
76	Bottrop	495	0,9	416	0,8	1.681	2,9
77	Borken I	325	0,5	274	0,5	1.630	2,3
78	Borken II	389	0,6	348	0,6	1.143	1,7
79	Coesfeld I – Borken III	342	0,5	406	0,6	1.387	1,9
80	Coesfeld II	513	0,7	436	0,7	1.462	1,9
81	Steinfurt I	366	0,5	421	0,7	950	1,3
82	Steinfurt II	360	0,5	481	0,8	1.194	1,8
83	Steinfurt III	424	0,6	558	0,9	744	1,0
84	Münster I	466	0,7	663	1,0	1.341	1,9
85	Münster II	626	0,9	673	1,0	1.292	1,8
86	Warendorf I	440	0,6	363	0,5	1.132	1,5
87	Warendorf II	496	0,8	398	0,7	1.454	2,3
88	Minden-Lübbecke I	-	-	422	0,6	1.315	1,8
89	Minden-Lübbecke II	-	-	633	0,9	1.821	2,4
90	Herford I	495	0,8	427	0,8	1.133	1,9
91	Herford II	497	0,8	502	0,9	971	1,6
92	Bielefeld I	958	1,6	1.443	2,7	1.873	3,1
93	Bielefeld II	609	0,9	731	1,2	1.495	2,1
94	Gütersloh I – Bielefeld III	376	0,6	543	1,0	1.280	2,1
95	Gütersloh II	-	-	629	1,2	1.570	2,6
96	Gütersloh III	-	-	390	0,8	1.512	2,5
97	Lippe I	630	1,0	464	0,8	1.060	1,7
98	Lippe II	505	0,9	492	1,0	1.338	2,4
99	Lippe III	521	0,9	431	0,8	1.667	2,9
100	Paderborn I	378	0,5	371	0,6	898	1,2
101	Paderborn II	497	0,8	547	1,1	943	1,5
102	Höxter	-	-	406	0,6	992	1,3
103	Hagen I	781	1,2	594	1,0	1.443	2,2
104	Hagen II – Ennepe-Ruhr-Kreis III	550	1,0	431	0,8	1.617	2,9
105	Ennepe-Ruhr-Kreis I	696	1,0	560	0,8	1.763	2,4
106	Ennepe-Ruhr-Kreis II	723	1,2	706	1,3	1.751	2,9
107	Bochum I	903	1,4	925	1,6	1.735	2,7
108	Bochum II	819	1,2	804	1,3	1.608	2,3
109	Bochum III – Herne II	988	1,5	914	1,5	1.924	3,0
110	Herne I	884	1,6	995	2,0	1.963	3,6
111	Dortmund I	968	1,9	873	1,8	1.616	3,1
112	Dortmund II	1.042	2,0	890	1,8	1.441	2,8
113	Dortmund III	986	1,4	732	1,1	1.988	2,7
114	Dortmund IV	942	1,2	815	1,2	1.744	2,3
115	Unna I	670	0,9	688	1,0	1.916	2,5
116	Unna II	721	1,1	580	1,0	1.769	2,6
117	Unna III – Hamm II	633	1,0	724	1,3	1.557	2,5
118	Hamm I	-	-	296	0,5	1.649	2,4
119	Soest I	596	0,8	647	1,0	1.658	2,3
120	Soest II	519	0,8	467	0,8	1.545	2,3
121	Märkischer Kreis I	559	0,9	632	1,1	1.429	2,3
122	Märkischer Kreis II	439	0,7	539	0,9	1.504	2,3
123	Märkischer Kreis III	443	0,7	619	1,1	1.703	2,6
124	Hochsauerlandkreis I	506	0,7	467	0,7	1.274	1,8
125	Hochsauerlandkreis II – Soest	442	0,6	101	0,1	1.509	2,0
126	Siegen-Wittgenstein I	454	0,5	888	1,5	1.419	2,1
127	Siegen-Wittgenstein II	-	-	603	1,0	1.596	2,4
128	Olpe	331	0,5	381	0,6	975	1,4

* * *